



Proteste gegen das Regime in Teheran – hier am Montag vor dem iranischen Konsulat in Istanbul. Foto: Sedat Suna (EPA, Keystone)

Vermittlerrolle oder Menschenrechte?

Beziehungen zum Iran Der Bundesrat steht unter Druck, deutlicher gegen das Regime in Teheran vorzugehen. Das Schutzmachtmandat soll dabei nicht infrage gestellt werden.

Hans Brandt

Die Europäische Union (EU) hat neue Sanktionen gegen den Iran verhängt – und die Schweiz steht unter Zugzwang, diese zu übernehmen. Aber widerspricht das nicht dem Schutzmachtmandat, das die Schweiz im Iran für die USA wahrnimmt? Dieser wichtigste Kommunikationskanal zwischen Washington und Teheran, der seit 1980 schon mehrfach dazu beigetragen hat, Krisen zu entschärfen, ist für die Schweizer Diplomatie von zentraler Bedeutung. Der Bundesrat wird sich voraussichtlich heute mit dem Thema befassen.

Grünen-Aussenpolitikerin Sibel Arslan ist der Meinung, dass bei der derzeitigen Verletzung der Menschenrechte vor allem von Frauen im Iran die Funktion des Schutzmachtmandats nicht «unhinterfragt» bleiben sollte, insbesondere, wenn das Aussendepartement (EDA) auf öffentliche Massnahmen zum Schutz von Menschenrechten verzichtet, um dieses Mandat zu schützen. «Wir haben im Iran durchaus Einfluss auf das Regime, gerade wegen des Mandats», sagt sie. Davon profitieren immerhin auch der Iran.

Schutzmachtmandat «auf dem Prüfstein»

Als Hüterin der Genfer Konventionen spiele die Schweiz eine Vorbildrolle. Das werde auch von der dortigen Bevölkerung genau beobachtet. «Da muss man die Beziehungen zu einem solchen Regime, darunter auch das Schutzmachtmandat, auf den Prüfstein stellen», meint sie. Arslan drängt darauf, dass die Schweiz die von der EU beschlos-

«Wir haben im Iran durchaus Einfluss auf das Regime, gerade wegen des Mandats.»

Sibel Arslan
Grünen-Nationalrätin

senen Sanktionen zügig nachvollzieht – unabhängig vom Schutzmachtmandat.

SVP-Nationalrat Franz Grüter ist anderer Meinung. «Die Frage ist, mit welchen Massnahmen unser kleines Land für die Bevölkerung im Iran am meisten erreichen, als Vermittler oder mit Sanktionen», sagt der Vorsitzende der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats. «Ich glaube, dass wir mit unserer speziellen Vermittlerrolle bessere Chancen haben, als wenn wir uns den EU-Sanktionen anschliessen.» Ohnehin habe die Schweiz schon lange die von der UNO gegen den Iran verhängten Sanktionen übernommen. Natürlich sei es verwerflich, was im Iran passiere, fügt Grüter hinzu. Das grenze an Terror gegen die Bevölkerung, aber das habe der Bundesrat ja auch sehr deutlich verurteilt.

Derzeit sorgt der Fall der Iranerin Elnaz Rekabi für Schlagzeilen. Sie hatte an der Asien-Meisterschaft im Klettern in Südkorea bei einem Wettkampf kein Kopftuch getragen. Nun gilt

Rekabi als vermisst. Es gibt Berichte, dass sie in einem Gefängnis in Teheran festgehalten wird.

Philippe Welti, ehemaliger Schweizer Botschafter im Iran, findet die Gegenüberstellung des Schutzmachtmandats und der Schweizer humanitären Tradition falsch. «Zu sagen, das Mandat sei aus welchem Grund auch immer aufzuheben, ist vollkommen sachfremd, es macht keinen Sinn», sagt Welti. Das Mandat sei unabhängig von den Aussagen der Schweiz zur Menschenrechtslage im Iran. «Was heute im Iran abläuft und die möglichen Konsequenzen berühren das Schutzmachtmandat nicht – selbst wenn die Schweiz weitere Sanktionen gegen den Iran verhängen sollte», hält Welti fest.

Die Interessen des Iran – und jene der USA

Dem stimmt Tim Guldemann, auch er ein ehemaliger Schweizer Botschafter im Iran, zu. «Die Schweiz hat sich mit dem Mandat keineswegs verpflichtet, sich zu bestimmten Dingen nicht zu äussern», sagt Guldemann. «Die Schweizer Regierung bleibt in ihren Entscheidungen frei.»

Beide Ex-Diplomaten betonen die Bedeutung der Schutzmachtmandate für das internationale Renommee der Schweiz. «Die Schweiz hat ein grosses Interesse daran, diese Schutzmachtmandate nicht zu verlieren», sagt Welti, der bis heute enge Beziehungen zum Iran unterhält. «Das wäre ein Misstrauensvotum, eine schlechte Zeugnisnote. Es ist das oberste Interesse der Schweiz, als vertrauenswürdig in der Welt dazustehen.» Welti ist allerdings nicht der Meinung, dass das Man-

dat derzeit gefährdet sei – auch dann nicht, wenn die Schweiz den Iran deutlich kritisieren oder weitere Sanktionen verhängen sollte. «Es ist kaum vorstellbar, dass die Regierung des Iran der Schweiz verbietet, das Mandat weiterzuführen. Auch der Iran hat ein Interesse daran, dass das gut funktioniert.»

Guldemann hingegen betont, dass auch auf die Interessen der Vereinigten Staaten Rücksicht genommen werden sollte. «Würde als Folge unserer Entscheide Teheran das Mandat infrage stellen, ginge das auch gegen amerikanische Interessen», warnt Guldemann. «Ich bezweifle, dass die USA es begrüssen würden, wenn die Schweiz wegen einer Position zu Menschenrechten im Iran das Mandat infrage stellen würde.»

Ob die Schweiz die jüngsten EU-Sanktionen übernehme, werde derzeit diskutiert, teilte das Staatssekretariat für Wirtschaft am Montag mit. Es liefen Konsultationen innerhalb der Verwaltung und mit verschiedenen Departementen, hiess es. «In diesem Rahmen wird auch die Frage zu klären sein, ob der Gesamtbundesrat mit der Anpassung zu betrauen ist.»

Ex-Botschafter Guldemann befürwortet die Übernahme der neuesten EU-Sanktionen. «Die Europäische Union hat Einreiseverbote verhängt – ich gehe davon aus, dass damit Schengen-Visa verweigert werden», sagt er. «Wenn wir uns hier nicht anschliessen, müssten wir explizit für die Betroffenen Visa für die Schweiz erlauben. Das wäre ein explizites Statement in Abgrenzung zur EU-Politik.»

Michèle Blöchli ist doch Britin

Zwei Staatsbürgerschaften Die SVP-Kandidatin hat sich bei Wikipedia entschuldigt.

Als Michèle Blöchli am Montag im Stanser Rathaus ihre Kandidatur für den Bundesrat bekannt gibt, wird auch ihre familiäre Herkunft zum Thema. Ein Journalist fragt, wie es komme, dass Englisch ihre zweite Muttersprache sei und sie auch die britische Staatsbürgerschaft besitze.

Blöchlis Dementi kommt wie aus der Pistole geschossen. «Englisch ist meine zweite Muttersprache, da meine Mutter aus England kommt. Ich habe aber keinen britischen Pass. Das, was in Wikipedia steht, ist nicht zutreffend», sagt sie wörtlich.

Mit ihrer Kritik an Wikipedia bezieht sich Blöchli auf einen Satz, der bis am Montag zu ihrer Person im Internetlexikon stand: «Blöchli besitzt neben dem Schweizer Bürgerrecht auch die britische Staatsbürgerschaft.» Nach Blöchlis offiziellem Dementi haben fleissige Wikipedia-Autoren diesen Satz umgehend angepasst.

Alles klar also? Hat Wikipedia über die SVP-Kandidatin Fake News verbreitet?

«Nationalität: CH und GB»

Mitnichten! Wikipedia hatte recht – und Blöchli unrecht. Denn die Information, wonach die Nidwaldner Regierungsrätin auch Britin ist, hat sich nicht irgendein Wikipedia-Autor aus dem Finger gesogen, sondern Blöchli selber hat sie verbreitet – und zwar bis mindestens Ende 2021 auf ihrer eigenen Website michelebloechli.ch. «Nationalität: CH und GB» stand dort. CH für Schweiz, GB für Grossbritannien.

Diese alten Versionen der Website sind auf der Onlinedatenbank Web.archive.org bis heute einsehbar. Erst auf ihrer neuen Website fehlt der Hinweis auf ihre britische Staatsbürgerschaft.

Dass Wikipedia recht hat und sie selber unrecht, räumte Blöchli selber ein, als sie gestern Abend auf eine Anfrage dieser Zeitung reagierte. Sie habe die britische Staatsbürgerschaft über ihre Mutter bekommen. Und die Mutter habe für sie damals auch einen britischen Pass beantragt. «Dieser ist seit über zehn Jahren abgelaufen, nach dem Tod meiner Mutter habe ich keinen neuen ausstellen lassen», sagt Blöchli am Telefon.

Doch auf die britische Staatsbürgerschaft als solche habe sie nie formell verzichtet. «Ich muss

davon ausgehen, dass ich die Staatsbürgerschaft immer noch habe.» Das heisst: Die Frau, die für die SVP in den Bundesrat will, ist nicht nur Schweizerin, sondern auch Britin. Gemäss Bundesverfassung und den Schweizer Gesetzen ist das kein Problem.

Doch warum hat sie in Stans den gegenteiligen Eindruck erweckt und Wikipedia für eine Information kritisiert, die sich nun als richtig herausstellt? Blöchli sagt, sie habe sich an der Medienkonferenz «unpräzise und unglücklich ausgedrückt». Und wichtig ist ihr: «Ich möchte mich bei Wikipedia entschuldigen.»

Sie werde nun jedenfalls auf ihre britische Staatsbürgerschaft formell verzichten, kündigt Blöchli an – und zwar unabhängig davon, ob sie am 7. Dezember in den Bundesrat gewählt werde oder nicht. Zur Begründung sagt Blöchli: «Damit ist die Sache endgültig vom Tisch.»



Michèle Blöchli, Nidwaldner Regierungsrätin. Foto: Keystone

Blöchlis Hin und Her um ihre zweite Nationalität bietet neuen Zunder für eine Debatte, die in der Schweiz seit Jahren sporadisch immer wieder aufflackert. Denn Blöchlis Partei, die SVP, kämpft gegen doppelte Staatsbürgerschaften von Bundesrats- und Parlamentsmitgliedern.

Der heutige Parteipräsident Marco Chiesa selbst forderte 2017 mit einer parlamentarischen Initiative, Bundesratsmitgliedern die doppelte Staatsbürgerschaft zu untersagen, scheiterte damit aber im Parlament.

Erstmals so richtig entbrannt ist die Debatte um zweite Staatsbürgerschaften von Bundesratsmitgliedern an der Person des heutigen Aussenministers Ignazio Cassis. Kurz vor dessen Wahl machte diese Zeitung 2017 publik, dass Cassis seinen italienischen Pass vor seiner Kandidatur extra zurückgegeben hatte.

Markus Häfliger

Die Grünen verzichten auf eine Kandidatur

Die Grünen Schweiz verzichten auf einen Angriff auf den frei werdenden Sitz der SVP im Bundesrat. Wie Fraktionspräsidentin Aline Trede gestern vor den Medien in Bern sagte, will die Partei die Zeit nicht für ein abgekartetes Spiel unter den anderen Parteien «vergeuden».

Keine einzige Bundesratspartei sei für Gespräche bereit, führte Trede aus. Das heisse, dass die Würfel für die Nachfolge von Ueli Maurer im Bundesrat bereits gefallen seien. Die Grünen wollten deshalb keine Energie in einen Kampf stecken, in dem die Entscheidung bereits gefallen sei.

Trede übte weiter harsche Kritik an der Untätigkeit des «Machtkartells» bei der Bekämpfung der Klimakrise, des beispiellosen

Artensterbens und der Krise mit der Europäischen Union. Dabei brauche es jetzt rasche Entscheidungen und Massnahmen, die sofort umgesetzt werden könnten.

Parteipräsident Balthasar Glättli sagte, die Grünen verzichteten nicht auf eine Kandidatur für den Bundesrat, weil sie die Herausforderung scheuen würden, «sondern weil wir die echte Verantwortung suchen».

Die seit 2019 viertstärkste Partei der Schweiz habe den Wind in den Segeln und vertraue auf diesen Wind. «Wir setzen die Segel für die Klimawahl 2023», so Glättli. Seit 2019 hätten die Grünen in kantonalen Wahlen 52 zusätzliche Sitze geholt und die Mitgliederzahl um mehr als ein Fünftel gesteigert. (sda)